

Antrag vom 03.04.2025

Eingang bei: L/OB

Datum: 03.04.2025

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

CDU

Betreff

Fairer und ergebnisoffener Dialog mit Vertretern der Stadt und beim Bürgerbeteiligungsprozess für die Einrichtung einer forensischen Psychiatrie in Stuttgart

Wir fordern:

1. Die Stadtverwaltung bemüht sich gegenüber dem Land um einen angemessenen und ergebnisoffenen Dialog mit Vertretern der Stadt und Bürgerbeteiligungsprozess.
2. Gespräche mit der Landesregierung müssen aufgenommen werden, um alternative Standorte für eine forensische Psychiatrie zu prüfen, die sowohl für die Stadt als auch für das Land eine tragfähige und ausgewogene Lösung darstellen könnten.
3. Die Stadtverwaltung nimmt Stellung dazu, inwiefern sich die Liegenschaft für die städtische Gesundheitsversorgung eignen würde.

Begründung:

Die Ansiedlung einer forensischen Psychiatrie im Zentrum von Bad Cannstatt stößt auf große Bedenken in der Bevölkerung. Sowohl die Anwohner als auch örtliche Institutionen und Interessenvertreter haben bereits ihre Sorgen hinsichtlich der Einrichtung einer forensischen Psychiatrie bekundet. Das Land plant im ehemaligen Rotkreuzkrankenhaus 80 psychisch kranke Straftäter unterzubringen, teilweise auch im offenen Vollzug.

Wir begrüßen es daher, dass bei so einem sensiblen Vorhaben ein Bürgerbeteiligungsprozess vom Land initiiert wurde. Unser Verständnis eines Bürgerbeteiligungsprozesses umfasst allerdings eine tatsächliche Anhörung, Abwägung und Einbeziehung der Interessen der Bürgerschaft, Politik und Verwaltung bei der Umsetzung eines Vorhabens. Außerdem ist es nicht in Ordnung, dass die Teilnehmerzahl für die Informationsveranstaltung am 5. Mai auf 100 Personen begrenzt ist.

Es handelt sich schließlich um die Errichtung einer hochgradig sensiblen Institution für die Gesundheitsinfrastruktur des Landes Baden-Württemberg, die das Zentrum Bad Cannstatt maßgeblich prägen wird.

Insbesondere vor dem Hintergrund, dass erst kürzlich im Stadtbezirk eine Suchtambulanz und eine Roma-Mütter-Beratungsstelle (in unmittelbarer Nähe) eröffnet wurden, momentan zwei neue Standorte für die Flüchtlingsunterbringung diskutiert werden und ein potenzieller Standort für eine

Landeserstaufnahmeeinrichtung verortet ist, kann nicht ein bloßer Ministerbeschluss zur Umsetzung dieses Vorhabens ausreichen. Mit den Verantwortlichen und Betroffenen vor Ort muss vorab auf Augenhöhe gesprochen werden.

Des Weiteren kommt hinzu, dass sich die Liegenschaft, ein ehemaliges Krankenhaus, auch sehr gut für die allgemeine Gesundheitsversorgung eignen würde. Im Hinblick auf das Bestreben gegen den Mangel an Hausärzten in unserer Stadt vorzugehen, soll zunächst geprüft werden, ob das Gebäude nicht auch für eine solche Nutzung zur Verfügung stehen sollte. Vor allem, weil die Landesregierung den Plänen einer Universitätsklinik in Stuttgart neulich eine vorschnelle Absage erteilt hat, wäre eine Prüfung dieses Anliegens geboten. Eine Universitätsmedizin in Stuttgart wird von uns gefordert, da sie eine wirkungsvolle Maßnahme gegen den Ärztemangel darstellt.

(gez.)

Beate Bulle-Schmid (Stellvertr. Fraktionsvorsitzende)

Alexander Kotz (Fraktionsvorsitzender)

Dr. Markus Reiners

Bianka Durst

Anlage/n

Keine